

Internetregulierung

31.05.2011, 07:00

## Koalition der Datenschutzverweigerer

**Kommentar** Der neue Innenminister spielt sich als Kämpfer für ein freies Internet auf. Im Grunde ist das Arbeitsverweigerung. Denn zur Wahrung der Freiheiten im Netz ist auch der Gesetzgeber gefragt.  
von Konstantin von Notz

*Konstantin von Notz ist innenpolitischer Sprecher der Grünen-Bundestagsfraktion*

Die jüngsten Äußerungen des neuen Bundesinnenministers Hans-Peter Friedrich in der FTD lassen darauf schließen, dass die schwarz-gelbe Koalition beim Datenschutz gerade das Stadium der völligen Schutzverweigerung erreicht.



Konstantin von Notz

Schon vorher war das Themenfeld bei der Bundesregierung schlecht aufgehoben. Allein der rein symbolische Austritt der zuständigen Verbraucherschutzministerin Aigner bei Facebook hat dies deutlich gemacht. Statt das soziale Netzwerk nach unübersichtlichen, mehrfachen Änderungen der AGB zulasten der Nutzerinnen und Nutzer gesetzlich in die Schranken zu weisen, zog die Ministerin lediglich persönliche Konsequenzen und ließ die über 15 Millionen deutschen Facebook-Fans datenschutzrechtlich im Regen stehen.

Dabei häufen sich beim Onlinedatenschutz Probleme in Hülle und Fülle auf: Die intransparente Verarbeitungspraxis, nach wie vor umständlichste Voreinstellungen, völlig unzulängliche Sicherheitsmaßnahmen und die Einführung von Funktionen, die es den Bürgerinnen und Bürgern schlichtweg unmöglich machen, sich einer Erfassung zu entziehen, sind nur einige Beispiele. Auch blockiert die Union seit Monaten alle Fortschritte bei der geplanten Stiftung Datenschutz. Dabei könnte die Stiftung mit vergleichenden Bewertungen von Produkten oder der Vergabe von Gütesiegeln wichtige Wettbewerbsanreize setzen. Nicht zuletzt ließ das Bundesinnenministerium Ideen mit Potenzial für mögliche Verbesserungen des Datenschutzes - den Datenbrief etwa - nach anfänglicher Begeisterung sang- und klanglos beerdigen.



Hans-Peter Friedrich

Wo der alte Innenminister de Maizière zumindest noch per Gesetz eine rote Linie für gewisse Mindeststandards ziehen wollte, um die Grundrechte der Internetnutzer zu schützen, verweigert der neue Innenminister Friedrich jegliche gesetzgeberischen Ambitionen. Seine Argumente kommen im Gewand eines Bürgerrechtlers und Kämpfers für ein freies Netz daher. Man hört und staunt: "Was heute als Freiheitsentfaltung allgemein akzeptiert und zulässig ist, darf nicht ohne Grund morgen verboten sein." Man wolle den Nutzern sozialer Netzwerke keine Maulkörbe verpassen und Bloggern keine Handschellen anlegen. Das klingt gut. Seltsamerweise fordert die Union aber sonst die

Kontrolle des Netzes, das Zurückschneiden von Freiheiten der digitalen Welt und die Schließung des vermeintlich "rechtsfreien Raums" Internet - und nie kann es ihr weit, nie schnell genug gehen. So streitet auch der Innenminister neuerdings nicht etwa für mehr Bürgerrechte. Er verdeckt hinter dieser Rhetorik gesetzgeberische Arbeitsverweigerung im Bereich des Daten- und Verbraucherschutzes im Netz.

Ginge es der Regierung tatsächlich um den Schutz der Netzfreiheiten, dürfte Kanzlerin Merkel auf der Münchner Sicherheitskonferenz nicht nur Sonntagsreden über die demokratische Bedeutung der Neuen Medien halten, sondern müsste den Export von Stör- und Zensurtechnik in Diktaturen unterbinden. Die dringend notwendige Verbindung von Menschenrechts- und Netzpolitik findet nicht statt. Internationale Debatten dazu gehen komplett an der Bundesregierung vorbei. Warum engagiert sie sich seit Jahren nur unzureichend im Rahmen des Internet-Governance-Forums der Uno? Warum spricht sie sich auf dem G8-Gipfel in Deauville nicht eindeutig gegen die Pläne des französischen Präsidenten Sarkozy für ein "zivilisiertes Netz" aus, das vor allem ein Internet der Unternehmen verspricht? Warum setzt sich die Bundesregierung nicht für die Freilassung von chinesischen Bloggerinnen und Bloggern ein? Diese Fragen bleiben unbeantwortet.

Ohne ausreichenden, gesetzlich gewährleisteten Daten- und Verbraucherschutz ist ein demokratisches und freies Internet nicht vorstellbar. Datenschutz ist kein Hemmschuh, sondern die Voraussetzung der Freiheit, der Bürgerrechte und auch des Verbrauchervertrauens im Netz. Selbstverständlich können Selbstverpflichtungen der Wirtschaft helfen, Schutzmechanismen weiterzuentwickeln und Innovationen voranzubringen. Voraussetzung dafür sind aber klare gesetzliche Vorgaben und Grenzen, die den grundrechtlichen Schutz und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger gewährleisten.

Der Versuch des Innenministers, sich der Wirtschaft mit seiner pseudoliberalen Haltung anzudienen, wird scheitern. Denn die Internetwirtschaft braucht vor allem Rechtssicherheit im Bereich des Daten- und Verbraucherschutzes für die sich immer schneller entwickelnden Technologien und Dienste.

Die mit der Untätigkeit suggerierte Wirtschaftsnähe dieser Bundesregierung reicht allenfalls bis zum nächsten Datenschutzskandal. Auf den wird sie dann wieder populistisch nach der Taktvorgabe großer Überschriften in den Medien mit eiligen Gesetzesvorlagen und Boykottaufrufen reagieren. Gerade das von Friedrich für den Erfolg von

Selbstregulierung herangezogene Beispiel Street View und der von der Wirtschaft erstellte Geodatenkodex zeigen, wie falsch der Minister liegt.

Denn sein eigener Parteifreund, der bayerische Innenminister Herrmann, verweigert im ähnlichen Fall des Microsoft-Bilderdiensts Streetside die Gefolgschaft und spricht sich öffentlich für die Möglichkeit des Vorabwiderspruchs aus. Und die immer noch nicht unabhängige bayerische Datenschutzaufsicht droht [Microsoft](#) sogar offen mit einer Untersagungsverfügung. Die Krux bei alledem: Der von Friedrich so gelobte freiwillige Geodatenkodex der Internetindustrie sieht eben keine Vorabwidersprüche vor.

Statt die längst überfällige Reform des Bundesdatenschutzgesetzes voranzutreiben, versäumt Friedrich es, einen modernen Bürgerrechtsschutz zu entwickeln und eine tragfähige Grundlage für mehr Innovation im Bereich der Internetwirtschaft zu schaffen. Eine große Chance, das enorme Potential deutscher Unternehmen für bestes Datenschutzdesign zu entfalten, wird unnötig verschenkt.

#### Mehr zum Thema

► **Gastkommentar des Innenministers** Das Internet braucht nicht immer gleich Gesetze

(<http://www.ftd.de/it-medien/medien-internet/:gastkommentar-des-innenministers-das-internet-braucht-nicht-immer-gleich-gesetze/60056634.html>)

► **Innere Sicherheit** CDU entdeckt Law and Order wieder

(<http://www.ftd.de/politik/deutschland/:innere-sicherheit-cdu-entdeckt-law-and-order-wieder/60050908.html>)

► **Innere Sicherheit** Vereiteter Terroranschlag belastet Berliner Koalition

(<http://www.ftd.de/politik/deutschland/:innere-sicherheit-vereiteter-terroranschlag-belastet-berliner-koalition/60046181.html>)

► **Innere Sicherheit** Zu viele Geheimnisse bei Anti-Terror-Gesetzen

(<http://www.ftd.de/politik/deutschland/:innere-sicherheit-zu-viele-geheimnisse-bei-anti-terror-gesetzen/60046125.html>)

Mehr zu: [Bürgerrechte](#), [Datenschutz](#), [Internet](#), [Verbraucherschutz](#)